

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601.740/1-V/6/88

An das  
Präsidium des  
Nationalrates1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	27. GE 9 88
Datum:	23. MRZ. 1988
	24. MRZ. 1988
Verteilt	Kape

*St. Wurzen*

Sachbearbeiter  
LachmayerKlappe/Dw  
2203

Ihre GZ/vom

Betrifft: Studienreform Medizin;  
Novelle zum Bundesgesetz über die Studienrichtung  
Medizin

Der Verfassungsdienst übermittelt 25 Ausfertigungen seiner  
Stellungnahme zu dem mit Note des Bundesministeriums für  
Wissenschaft und Forschung vom 29. Feber 1988,  
GZ 68 217/48-15/87, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin  
geändert wird.

22. März 1988  
Für den Bundesminister für  
Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Grad*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601.740/1-V/6/88

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

68 217/48-15/87  
vom 29. Feber 1988

Betrifft: Studienreform Medizin;  
Stellungnahme zum Novellierungsentwurf

Der Verfassungsdienst nimmt zu dem Entwurf eines  
Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die  
Studienrichtung Medizin geändert wird, wie folgt Stellung:

Zum Art. II:

Aus legistischer Sicht ist es völlig unüblich, zwischen  
mehreren Absätzen eine eigene Überschrift einzufügen, wie dies  
bei den Abs. 3 und 4 erfolgt ("Inkrafttreten und Vollziehung").  
Im Hinblick darauf, daß der Art. II lediglich fünf Absätze  
umfaßt und somit übersichtlich gestaltet ist, könnten die  
Überschriften überhaupt entfallen.

Die Bezugnahme auf den "Bundesminister für Gesundheit und  
öffentlicher Dienst" im Art. II Abs. 5 sollte unterbleiben, da  
die Frage der Kompetenzverteilung zwischen dem Bundeskanzler  
und dem Bundesminister im Bundeskanzleramt eine Angelegenheit  
des Bundespräsidenten (gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG) und nicht des  
Gesetzgebers ist. Dementsprechend wäre lediglich das  
Einvernehmen mit dem Bundeskanzler im Abs. 5 zu erwähnen.

## 2. Einlageblatt zu GZ 601.740/1-V/6/88

Zu dem Vorblatt:

Die Aussage im Vorblatt, daß es zu den vorgeschlagenen Regelungen keinerlei Alternativen gibt, ist sachlich unzutreffend, da sehr wohl eine Reihe anderer Fristsetzungen denkbar wäre.

Zu den Erläuterungen:

Dem Allgemeinen Teil der Erläuterungen ist ein Hinweis auf die Kompetenzgrundlage (Art. 14 Abs. 1 B-VG) anzufügen (vgl. Pkt. 94 der Legistischen Richtlinien 1979).

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

22. März 1988  
Für den Bundesminister für  
Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

